

Die Flüchtlingskrise im Brennpunkt der Sozialhilfe

Wahl der Co-Präsidentin der Sozialkonferenz im Schatten drängender Fragen

Der Sturm hat sich nicht wiederholt: Ohne Misstöne wählte die kantonale Sozialkonferenz die FDP-Kantonsrätin Astrid Furrer zur Co-Präsidentin. Sie ersetzt Parteikollegin Gabriela Winkler. Nun geht es um neue Konzepte zur Integration von Flüchtlingen.

DOROTHEE VÖGELI

Nach dem vor einem Jahr entflammten Richtungsstreit ist die kantonale Sozialkonferenz wieder auf ruhigem Kurs. Anfang 2016 treten die revidierten Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos) in Kraft. Ausschlaggebend waren der Dachverband der Zürcher Sozialvorstände sowie Sicherheitsdirektor Mario Fehr, die angesichts des politischen Gezänks auf eine schnelle Verabschiedung pochten und damit die scharfen Kritiker aus dem Bezirk Bülach ins Boot holen konnten. Im Unterschied zum letzten Jahr sind deshalb die Vorstandswahlen unspektakulär über die Bühne gegangen.

«Ein Glücksfall»

Am Donnerstag wählte die Mitgliederversammlung der Sozialkonferenz die FDP-Kantonsrätin Astrid Furrer zur Nachfolgerin von Gabriela Winkler, die während sechs Jahren als Co-Präsidentin im Amt war und inzwischen auch aus dem Kantonsrat ausgetreten ist. Für Winkler ist die Wahl Furrers ein Glücksfall. Denn die 47-jährige Önologin ist nicht nur Mitglied der parlamentarischen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit, sondern auch Sozialvorsteherin der Stadt Wädenswil. «Dank dieser Kombination kann sie mehr Praxiswissen einbringen als ich», sagt Winkler. Furrer höre sehr genau zu und vertrete ihre Haltung jeweils ruhig und bestimmt - «sie ist prädestiniert für dieses Amt». Furrer versteht die Sozialkonferenz vor allem als Fachorganisation, die den Milizbehörden kleiner Gemeinden Hilfestellungen bieten sollte. «Wir kümmern uns um die Praxis, der Kantonsrat stellt die politischen Weichen», hält sie fest.

Gabriela Winkler, die zum letzten Mal eine Jahrestagung leitete, hatte diese zwar in den thematischen Rahmen der Skos-Richtlinien gestellt. In ihrem Referat verlor sie aber nur wenige Worte dazu: «Der konstruktive Weg zur Veränderung hat sich als sehr erfolgreich erwiesen», sagte sie bloss, um umgehend auf die im Vergleich zur Sozialhilfe weit grössere Herausforderung der rasant steigenden Ergänzungsleistungen zur AHV/IV zu sprechen zu kommen: «Die grössten Steigerungen bei den kommunalen Sozialkosten fallen bei

der Sicherung des Alters an.» Ihres Erachtens verharret jedoch die momentane Diskussion bei «Minderheitsproblemen». Die erwogene massive Einschränkung der Wahlfreiheit bei der zweiten Säule betreffe alle - aber nur etwa 3 Prozent brauchten Ergänzungsleistungen, weil sie über ihre Verhältnisse gelebt und die beruflichen Vorsorgegelder aufgebraucht hätten, hielt sie fest. Vielmehr gelte es nun, den Hebel bei den pflegerischen Leistungen im Alter anzusetzen. Gemäss Sozialbericht lebt ein Drittel der Personen mit Zusatzleistungen zur AHV im Heim.

Flüchtlinge als Kostentreiber

Schliesslich kam sie auf die Problematik der schleppenden beruflichen Integration, insbesondere derjenigen der vorläufig Aufgenommenen, zu sprechen und gab Felix Wolfers, Co-Präsident der Skos, einen Steilpass. Er hoffe, dass der Kanton Zürich wie bei der Skos-Revision Druck aufsetze für strukturelle Reformen im Asylbereich, sagte er. 55 Prozent der Flüchtlinge seien höchstens 25-jährig. Gelingt es nicht, diese zu integrieren, werde es - wegen langjähriger Bundes- und Kantongelder - in einigen Jahren zu einem Aufschrei in den Gemeinden kommen. «Das Problem stellt sich zeitlich verzögert, deshalb müssen wir jetzt handeln», sagte Wolfers. Die Entwicklung im Asylbereich sei der grösste Kostentreiber für die Sozialhilfe.